

ANTRÄGE

1) Pflege als Lehrberuf – Pilotprojekt

GR.ⁱⁿ **Gesek** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Wir werden künftig in der Pflege jede Hand benötigen. Ein besonderer Nachteil dabei ist, dass im Alter zwischen 15 und 17 Jahren genau da, wo die allermeisten Jugendlichen ihre Berufsentscheidung treffen, keine Pflegeausbildung möglich ist. Es gibt viele junge Menschen, die über eine "soziale Ader" verfügen und an einer Pflegelehre Interesse haben.

In der Schweiz gibt es schon seit vielen Jahren eine Pflegelehre und werden dort derzeit rund 6.000 Jugendliche ausgebildet. Das Land Vorarlberg hat im September 2011 ein Pilotprojekt in Richtung Sozial- und Pflegelehre initiiert, wo 20 Jugendlichen eine qualitativ hochwertige und solide 4-jährige Ausbildung geboten wird. Dieses Projekt läuft bestens und soll langfristig mithelfen, den steigenden Personalbedarf im Bereich Pflege abzudecken. Diese Jugendlichen sind sehr motiviert und freuen sich über ihre Ausbildung. Überdies ist es ein wichtiges Projekt für den Arbeitsmarkt in unserem Lande und ist außerdem eine viel versprechende Zukunftsinvestition.

Bereits bei der Nationalratswahl 2006 wurde seitens der Bundesregierung angekündigt, dass man den drohenden Pflegekräftemangel durch entsprechende Ausbildung und Aufwertung des Pflegeberufes an sich entgegenwirken werde. Leider ist es jedoch nur bei der Ankündigung geblieben.

Da in der Steiermark ein Mangel an Pflege- und Betreuungspersonal herrscht und in dieser Sparte große Berufs- und Zukunftschancen für junge Menschen liegen, ist es dringend notwendig, hier wertvolle Lehr- und Ausbildungsplätze zu schaffen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag,

Der GR möge auf dem Petitionsweg an das Land Steiermark mit dem Ersuchen herantreten, ein dem Vorarlberger Modell vergleichbares Projekt auch in der Steiermark ins Leben zu rufen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Straßen- und Hausnummernbeschilderung

GR.ⁱⁿ **Heuberger** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Derzeit sind mancherorts in Graz Straßennamen teilweise nur schlecht erkennbar bzw. oft gar nicht angebracht.

Wenn man in der Stadt Graz nach bestimmten Adressen suchen muss, kann dies durchaus zur Odyssee werden, zumal oft Hausnummern weder an noch vor den Häusern angebracht wurden, noch sind im Laufe vieler langer Straßenzeilen die jeweiligen Straßennamen derselben zu lesen oder zu erkennen. Oft sind die Straßennamen an Hauswänden von Schildern und Werbetafeln verstellt (auch verdecken Verkehrszeichen die Bezeichnungen).

Straßen sind an den Einfahrten und Kreuzungen meist nur an einer Seite beschildert, sodass man von einer bestimmten Seite kommend den Namen ebenso nur erraten

kann oder einen Fahrtrichtungswechsel vornehmen muss, um endlich die gesuchte Straße zu erblicken.

Bei langen Straßen oder nach Kurven kommt es auch vor, dass Straßen bei der Abbiegung ihre Namen ändern oder überhaupt unterbrochen werden – wie geht es danach weiter?

Mitunter werden Straßen auch von Siedlungen und Häuserzeilen unterbrochen, um dann nach einer oder mehreren Kreuzungen wieder weiterzuführen.

An Stadtrandgebieten, besonders in Villenvierteln, wurde es üblich, die Hausnummer an der Hauswand selbst, bisweilen hinter dem sichtbehindernden Gartenzaun anzubringen, anstelle an der Gartentüre bzw. am Zaun an der Straße.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g :

Der Gemeinderat möge die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen:

1. Die derzeit in Graz in Verwendung stehende Straßenbeschilderung in Bezug auf ihre Vollständigkeit und – wie im Motivenbericht dargestellt – Nutzerfreundlichkeit zu überprüfen;
2. die Hauseigentümer bzw. Wohnhausverwaltungen aufzufordern, die jeweils vergebene Orientierungsnummer (Hausnummer) gut sichtbar an der dafür vorgesehenen Stelle anzubringen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Medizinisches Versorgungsangebot und virtueller Medizin-Stadtplan

GR.ⁱⁿ Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Kopera** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die medizinische Versorgung der Grazer Bürgerinnen und Bürger ist nicht flächendeckend gleich gut. In manchen Bezirken droht sie unzureichend zu werden, manche Arztpraxen sind hoffnungslos überlastet. Dies betrifft nicht nur die Allgemeinmedizin, sondern vor allem die fachärztliche Versorgung.

Im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich als Fraktionssprecherin für Gesundheit den

A n t r a g :

Die zuständigen Magistratsabteilungen mögen beauftragt werden, das medizinische Versorgungsangebot in Zusammenarbeit der Stmk. Ärztekammer und der GKK-Steiermark in den einzelnen Grazer Stadtbezirken zu erheben und einen virtuellen Medizin-Stadtplan zu erstellen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Zugang vom August-Matthey-Park zum Leonhard-Bach

GR. Mag. **Molnar** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Zuge der Bachbettsanierung des St. Leonhard-Baches soll geprüft werden, ob es möglich ist, einen kindergerechten Zugang vom August-Matthey-Park zum Leonhard-Bach zu errichten. Das Ziel ist, im städtischen Bereich Kindern das Erlebnis eines Baches mit deren Tieren und Pflanzen näher zu bringen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, die Errichtung des im Motivenbericht dargestellten Bachzugangs zu prüfen, und wenn möglich, in die Wege zu leiten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Förderung von Sicherheitsschlössern, -türen und Alarmanlagen sowie von modernen Hausschließanlagen

GR. **Pogner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Nicht zuletzt auf Grund der durch Statistiken bestätigten Zahl an Einbrüchen, aber vor allem auf Grund des Sicherheitsgedankens, beschäftigen sich immer mehr Personen mit

dem Thema: „Wie schütze ich meine vier Wände?“

Ein Punkt ist die bessere Absicherung des Zutritts zu den eigenen Wohnräumen. Hier kann mit einem Sicherheitsschloss, einer Sicherheitstüre oder einer Alarmanlage schon ganz gut vorgesorgt werden.

Aber sollte Sicherheit nicht schon vor der eigenen Eingangstüre beginnen? In Mehrparteienhäusern ist die erste Schwelle, die ein Einbrecher überwinden muss, die Zugangstüre zum Gebäude. Wenn diese schon entsprechend gesichert ist, kann man davon ausgehen, dass ein Einbruch vielleicht schon hier abgewehrt werden kann.

Allerdings ist eine Sicherheitslücke vorhanden: Der „gute alte“ Postschlüssel wird in vielen Fällen zum „Türöffner“. Da nützt es leider auch nichts, dass im Landesgesetz eine „Haustorsperre“ vorgeschrieben ist. Dies ist ein Punkt, an dem angesetzt werden kann. So wie viele Dinge hat sich auch der technische Fortschritt, auch auf diesem Gebiet, weiterentwickelt. Zeitgerechte neue Schließsysteme ermöglichen es der Post und anderen Zutrittsberechtigten, wie z.B. der Müllabfuhr usw., dass sie auch weiterhin ungehinderten Zugang zu den betreffenden Gebäuden haben. Nur für nicht berechnigte Personen würde der Zutritt sehr erschwert und damit die Sicherheit in Mehrparteienhäusern erheblich gesteigert werden.

Im Jahr 2010 hat das Land Steiermark eine Sonderförderung zum sicheren Wohnen ausgeschüttet. Es wäre wünschenswert, wenn von Seiten der Stadt der politisch zuständige „Sicherheitsstadtrat“ mit dem Land dahingehend Kontakt aufnehmen würde, um zu erwirken, dass eine Förderung für Sicherheitsschlösser, -türen und Alarmanlagen für den Einzelnen zum Schutz seiner Liegenschaft und eine Förderung für den Einbau von auf dem technisch neuesten Stand befindlichen Hausschließanlagen für den jeweiligen Hausverwalter ausgelobt werden würde.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen, dass der zuständige Sicherheitsstadtrat mit dem Land Steiermark in Verhandlung tritt, um eine Förderung von zeitgemäßen Hausschließanlagen sowie von Sicherheitsschlössern, -türen und Alarmanlagen zu erwirken.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Gratis Eintritt in das Freilichtmuseum Stübing

GR. **Rajakovics** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Das Österreichische Freilichtmuseum zählt mit 97 historischen Originalbauten zu den größten zentralen Freilichtmuseen Europas, ist die nationale Verbindungsstelle der Association of European Open Air Museums /ICOM/UNESCO in Österreich und wurde in Fach- und versierten Besucherkreisen wiederholt als "das schönste Freilichtmuseum Europas" bezeichnet.

Diese wichtige Kultur- und Volkskultureinrichtung ist auch ein wunderbares Naherholungsziel für Grazer Familien.

Es heißt dezidiert „Österreichisches“ Freilichtmuseum und wo Österreich drauf steht, sollte der Bund gleiche Maßstäbe anlegen.

In den Bundesmuseen in Wien finanziert der Bund den freien Eintritt für alle Kinder und Jugendlichen unter 19 Jahren. Das Freilichtmuseum ist zwar seit 2012 als Stiftung organisiert, aber der Bund ist nach wie vor ein wichtiger Finanzier.

Daher stelle ich im Namen der Grazer Volkspartei folgenden

A n t r a g:

Kulturstadträtin Lisa Rücker wird beauftragt, nach der Nationalratswahl umgehend Kontakt mit der/dem für die Kultur und die Museen zuständigen Ministerin/Minister aufzunehmen, um auch das Österreichische Freilichtmuseum für Kinder und Jugendliche unter 19 Jahren gratis öffnen zu können.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Neuer Bezirkssportplatz für Gries Nord

GR. **Rajakovics** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Bezirk Gries platzt bevölkerungsmäßig aus allen Nähten. Ein neues Projekt in der Niesenbergergasse mit mehr als 200 Wohnung lässt bei den AnrainerInnen die Alarmglocken schrillen.

Genau in dieser Gegend ist in den letzten Jahren so verdichtet worden, dass es für Kinder und Jugendliche praktisch keinen Freiraum mehr gibt. Volksgarten, Metahofpark und auch der kleine Park in der Josef-Huber-Gasse sind restlos ausgelastet. Die Kinder und Jugendlichen sind hier eingezwängt zwischen Gürtel und Elisabethinergasse und es ist nur eine Frage der Zeit, bis es zu ernstesten Konflikten kommt, weil Skateboardfahren und Ballspielen in Höfen und Tiefgaragen natürlich entsprechend Lärm macht bzw. tatsächlich immer wieder zu Beschädigungen führt.

Zwischen Traungauergasse und Gürtel nördlich der Niesenberggasse ist ein zur Zeit als nicht befestigter Parkplatz genutztes Areal, das zum Teil für einen asphaltierten Sportplatz genutzt werden könnte.

Eigentümer ist ■■■■■ der mit dem Ankauf des gesamten Areals vor 5 Jahren die Ansiedlung eines ECE-Einkaufszentrums abwendete.

Im Namen der Grazer Volkspartei stelle ich daher folgenden

A n t r a g:

Die zuständige Liegenschaftsabteilung bzw. das Sportamt möge prüfen, ob die Möglichkeit besteht, dieses Areal langfristig zu pachten und als Sportfläche den Kindern und Jugendlichen zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Dichtere Intervalle für die Buslinie 77

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Ragnitz im Osten ist ein Stadtteil, der verkehrstechnisch nicht optimal angebunden ist. Für viele Berufstätige und SchülerInnen ist die Buslinie 77 das erste Verkehrsmittel – mehrmaliges Umsteigen (Linie 7 u. a.) ist jedoch oft nötig, um überhaupt ans Ziel zu gelangen.

Um die gesamte Fahr- und Wartezeit für die Fahrgäste zu verkürzen und angenehmer zu gestalten, wäre eine Verdichtung nach der morgendlichen Stoßzeit auf ein Zehn-Minuten-Intervall dringend erforderlich.

Die Passagiere ab 7.45 Uhr auf den nächsten (dann völlig überfüllten) Bus eine Viertelstunde warten zu lassen, macht den öffentlichen Verkehr in keiner Weise attraktiv.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden

A n t r a g :

Die Stadt Graz setzt sich mit den verantwortlichen Stellen bei der Holding Graz in Verbindung, um zu erreichen, dass die Taktung nach der morgendlichen Stoßzeit auf einen 10-Minuten-Intervall verdichtet wird.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Rückversetzung der Straßenbahnstation Roseggerhaus

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Zuge der Neugestaltung der Annenstraße wurde auch die Lage von einigen Straßenbahnhaltestellen verändert.

Auch die Station Roseggerhaus wurde in Richtung Bahnhof um ein gewaltiges Stück weiter stadtauswärts positioniert – sehr zum Ärger der meisten Fahrgäste, die diese Station zum Umstieg auf weitere Linien nützen wollen (40er und 67er), nun aber erleben müssen, dass sie den gewünschten Autobus eben knapp verpasst haben. Im Gegensatz dazu ermöglichte die frühere Positionierung dieser Straßenbahnhaltestelle den Wechsel der Verkehrsmittel hervorragend.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden

A n t r a g :

Die Stadt Graz ersucht die betreffenden Stellen (Holding), die Straßenbahnstation Roseggerhaus wieder in Höhe der genannten Busstationen zu positionieren.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Verbesserung des Fahrrad- und Gehwegs Hilmteichstraße/Auersperggasse bis Födranspergweg

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Fahrrad- und Gehweg, der von der Ecke Hilmteichstraße/Auersperggasse über den Födranspergweg zur Leechgasse entlang der Hundewiese bzw. von Tennisanlagen führt, stellt eine viel befahrene und begangene Verbindung für die

Bevölkerung der Bezirke Mariatrost und Geidorf dar. Der vor einigen Jahren sanierte Schotterbelag zeigt an einigen Stellen bei Regenwetter bereits wieder gefährliche Aufweichungen, in denen Radfahrer stürzen können. Weiters ist dieser Weg in der Nacht nicht beleuchtet und auf Grund des umgebenden Baumbewuchses sehr dunkel, was ebenfalls ein Sicherheitsrisiko darstellt.

Ein weiteres Problem besteht bei der Einmündung des Fahr- und Gehwegs vom Födranspergweg in die Leechgasse. Bedingt durch eine hohe Hecke beim angrenzenden Grundstück ist für vom Hilmteich kommende in Richtung stadteinwärts fahrende Radfahrer erst im letzten Moment Einsicht in die Leechgasse gegeben.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden

A n t r a g :

1. Nachhaltige Sanierung des Belags des genannten Fahrrad- und Gehwegs von der Ecke Hilmteichstraße/Auersperggasse bis zum asphaltierten Bereich des Födranspergwegs.
2. Montage von zwei bis drei Straßenbeleuchtungskörpern entlang dieses Bereichs
3. Montage eines Verkehrsspiegels an der Ecke Födranspergweg/Leechgasse

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Für mehr Sitzbänke in der Fußgängerzone

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Sukzessive saniert werden nun die Fußgängerzonen in Graz. Auch die Altstadt soll nach einem Stadtregerungsbeschluss hergerichtet und saniert werden. Damit ist nun Schluss mit dem grässlich anzusehenden und gefährlichen Fleckerlteppich.

Bereits 2010 machte ich im Gemeinderat auf den bedenklichen Belagszustand in der Altstadt aufmerksam und forderte die lückenlose Sanierung der Grazer Fußgängerzonen.

Dass die Stadtregerung endlich reagiert und meinen Antrag umsetzt, freut mich. Was ich bei dieser Gelegenheit jedoch gleich mitfordere, sind genügend Sitzgelegenheiten zum Verweilen ohne Konsumzwang und zum Ausrasten beim Altstadt-Flanieren. Sitzgelegenheiten in der Innenstadt sind leider immer noch Mangelware. Vielleicht könnte zur Behebung des Mangels sogar ein Künstlerwettbewerb stattfinden.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrat werden ersucht, wie im Motivenbericht erläutert, zu evaluieren, ob eine genügende Anzahl von Sitzbänken in den Grazer Fußgängerzonen aufgestellt werden könne.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Nightline – Anbindung ans „Bollwerk“

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Vor allem an den Wochenenden kommt es rund um die Disco „Bollwerk“ beim Center West in Graz-Webling immer wieder zu Vandalenakten. Besonders auf dem Weg zu den Öffi-Anbindungen in Richtung Puntigam und Straßgang ist die Lage ernst.

Die Straßenzüge in diesen Richtungen werden insbesondere an Wochenenden von „Bollwerk“-Gästen, die ihren Heimweg antreten, regelrecht verwüstet. Zahlreiche Anrainerinnen und Anrainer haben sich angesichts der ernststen Lage bereits bei mir beschwert. Da werde mit Flaschen und Steinen auf PKW geworfen, Müllkübel entlang der Straßen würden ausgeleert und auch Verkehrsschilder zerstört und umgeworfen. Bei den „Nightline“-Haltestellen türmt sich überdies zahlreich weggeworfener Müll.

Das Problem entsteht vor allem deshalb, weil die Jugendlichen weite Umwege zu den Öffi-Haltestellen in Kauf nehmen müssen. Eine rasche Direkt-Anbindung der Disco „Bollwerk“ an das Nightline-Netz könnte aber dazu beitragen, dieses Problem zu entschärfen.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrats und der Herr Verkehrsreferent werden ersucht, an die Graz Holding Linie heranzutreten, um - wie im Motivenbericht erläutert - zu evaluieren, ob eine direkte Anbindung der Nightline N5 und N6 an die Disco „Bollwerk“ in Graz Webling eingerichtet werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Öffi-Offensive verbilligte Jahreskarte

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der öffentliche Verkehr in Graz ist zu teuer. Billigere Jahreskarten, aber auch ein verbessertes Angebot würden mehr Menschen zum Umstieg vom PKW auf Bus und Bim bewegen.

Der Modellversuch AltstadtBim jedoch ist völlig wirkungslos, wenn es das Ziel sein sollte, ein Umsteigen vom PKW auf die Öffis zu bewirken und etwas Wirksames gegen die Feinstaubbelastung in unserer Stadt zu unternehmen. Einzige Maßnahme ist da noch immer eine leistbare Jahreskarte bei einem dementsprechend attraktiven Öffi-Angebot.

In die Pflicht genommen, was die Finanzierung anbelangt, müssten auf alle Fälle neben der Stadt Graz auch das Land Steiermark und vor allem der Bund (drohende Strafzahlungen EU) werden. Die Finanzierung von Land und Stadt könnte zum Teil durch die Einführung einer Nahverkehrsabgabe sowie durch Bundeszuschüsse bewerkstelligt werden.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrats und der Verkehrsreferent werden ersucht, an die Graz Holding Linien heranzutreten, um, wie im Motivenbericht erläutert, zu evaluieren, ob eine massiv verbilligte Öffi-Jahreskarte mit dem Verkehrsverbund ausverhandelt werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

14) Ausweitung des Angebotes „SeniorInnen-Schwimmen“ auf weitere Schwimmbäder innerhalb der Stadt

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Das Angebot „SeniorInnen-Schwimmen“, das aktuell jeden Montag von 9.00 bis 12.00 Uhr im Bad zur Sonne von zahlreichen SeniorInnen (ab dem 55. Lebensjahr) zu einem ermäßigten Eintrittspreis (2,-- € bzw. 1,-- € für MindestpensionistInnen) in Anspruch genommen wird, ist ein wichtiger Beitrag dazu, älteren Menschen mit einem geringen Einkommen das Schwimmen zu ermöglichen. Gleichzeitig ist es eine wichtige präventive Maßnahme im Gesundheitsbereich und trägt auch langfristig zum Wohlbefinden der Menschen bei. Laut der Rückmeldung eines Nutzers dieser Möglichkeit ist es offensichtlich so beliebt, dass nicht alle SeniorInnen dann auch tatsächlich schwimmen können. Es wäre somit wünschenswert, das vorbildliche Angebot z.B. auch auf die Auster in Eggenberg auszudehnen.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen mögen eine Ausweitung des Angebotes „SeniorInnen-Schwimmen“ auf weitere Schwimmbäder – wie z.B. auf die Auster in Eggenberg – prüfen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

15) Einbeziehung der Bezirksvorstehung bei der Umsetzung bezirksrelevanter Maßnahmen

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Es ist unsere Aufgabe, auf der Gemeinderatsebene Maßnahmen zur Verbesserung des Zusammenlebens der Menschen in unserer Stadt zu diskutieren, zu planen, die Finanzierung sicherzustellen, zu beschließen und in Auftrag zu geben. Deren Umsetzung erfolgt dann je nach Sachverhalt in den jeweiligen Bezirken. Deshalb ist es auch demokratiepolitisch wünschenswert und wichtig, die jeweilige Bezirksvorstehung über Veränderungen zu informieren bzw. im Vorfeld ihr die Möglichkeit einzuräumen, ihre Erfahrungen und Interessen einzubringen, da sie vor allem im direkten Kontakt mit der Bevölkerung steht. Gegebenenfalls sind es somit auch die BezirksrätInnen, die nicht nur die Freude über eine positive Maßnahme von den Menschen vermittelt bekommen, sondern sie müssen auch den Kopf hinhalten, wenn eine konkrete Maßnahme vor Ort auch einmal Unmut und Unverständnis auslöst.

Ein sehr positiver Beschluss am 10. Mai 2012 auf Gemeinderatsebene zur Errichtung von fünf neuen öffentlichen WC-Anlagen in Sport- und Spielanlagen ist Anlassfall für mein heute vorgebrachtes Anliegen. Bei der Umsetzung einer dieser WC-Anliegen im Europapark in der Krausgasse, Bezirk Eggenberg, gab es bezüglich der Wahl des Standortes innerhalb des Parks zahlreiche AnrainerInnenbeschwerden, die vor allem an die Bezirksvorstehung herangetragen wurden. Für eine Standortveränderung innerhalb des Parks war es zu diesem Zeitpunkt aber bereits zu spät. Wäre der

Bezirksrat jedoch rechtzeitig über das Vorhaben informiert worden, hätte bereits im Vorfeld ein anderer geeigneter Standort innerhalb des Parks gewählt werden können.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

A n t r a g :

Bei der Umsetzung von allen bezirksrelevanten Maßnahmen, die auf Gemeinderatsebene beschlossen werden, soll künftig im Vorfeld immer die jeweilige Bezirksvorstehung informiert, einbezogen und befragt werden, da sie vor allem im direkten Kontakt mit der Bevölkerung steht und somit auch wichtige Anregungen geben kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

16) Neubenennung eines Weges im Augarten in Gertrude-Wagner-Allee

GR.ⁱⁿ **Thomüller** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der asphaltierte Weg von der Neuholdaugasse, vorbeiführend am Kiosk, mündend in die St. Petersburger Allee, hat noch keinen Namen.

Im Augarten ist ein Schachprojekt so weit realisiert, dass Ende September 2013 bereits gespielt werden kann. Es wird wieder, wie früher, Tische und Bänke für die SchachspielerInnen geben. In der Nähe dieser Schachische verläuft dieser Weg.

Gertrude Wagner war eine Grazerin, die sich einen Weltruf als Schach-Schiedsrichterin gemacht hat.

Als Hauptschiedsrichterin im Weltmeisterschaftskampf zwischen Anatoly Karpov und Viktor Kortschnoi war sie die erste Frau überhaupt, die als Hauptschiedsrichterin bei einem Weltmeisterschaftskampf fungierte.

1951 wurde Wagner Staatsmeisterin im Schach, 1972 erlangte sie den Titel einer Internationalen Schiedsrichterin. Viele Jahre lang war sie Mitglied in der Regel- und Qualifikationskommission und als Schachschiedsrichterin Präsidentin in neun Ländern.

1999 würdigte der Weltschachbund Wagner mit einer Eintragung in das Goldene Buch des Weltschachbundes.

Mehr als drei Jahrzehnte war Gertrude Wagner aktiv im steirischen Landesschachverband tätig und hat einige Turniere gegründet – so auch das Graz Open. Sie verstarb 2009.

Gertrude Wagner soll nicht nur in ehrenvoller Erinnerung bleiben, sondern – insbesondere auch für junge Menschen – als Vorbild dienen.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der asphaltierte Weg im Augarten, der, von der Neuholdaugasse kommend, am Kiosk vorbeiführt und in die St. Petersburger Allee mündet, wird Gertrude-Wagner-Allee genannt.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

17) ÖV-Kurzzeittickets

GR. **Grossmann** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die kostenlose Altstadtstraßenbahn ist nicht nur aus touristischer Hinsicht und als Maßnahme zur Förderung der Innenstadtwirtschaft interessant, sie bietet auch InnenstadtbewohnerInnen Anreiz, für kurze Strecken auf die Tram umzusteigen und sie damit mittelfristig insgesamt für den öffentlichen Verkehr zu gewinnen. Umso wichtiger wäre es daher, auch für den Bereich außerhalb der Altstadt ein Modell zu schaffen, das die Menschen in ganz Graz zum Umstieg auf den ÖV animiert. Natürlich wäre es wünschenswert, wenn in jedem Stadtbezirk kostenlose Teilstrecken zur Verfügung stünden – doch wird dies realistischerweise aus finanziellen Gründen nicht machbar sein.

Was aber auf jeden Fall realisierbar sein müsste, ist ein Kurzzeitticket, mit dem man – beispielsweise um 50 Cent für zehn Minuten – bei kurzen Strecken Bus oder Tram benutzen kann. Ist es doch wirklich nachvollziehbar, dass sich Menschen, die nur drei, vier oder fünf Stationen fahren müssten, dem ÖV verweigern, weil ihnen die Stundenkarte um 2,10 Euro schlichtweg zu teuer ist. Hin und retour sind das nämlich bei den derzeitigen Tarifen 4,20 Euro – da fährt man, auch dies muss man ehrlicherweise zugeben, mit dem Auto leider meist kostengünstiger, aber wesentlich umweltbelastender. Bleiben wir bei unserem Rechenbeispiel: Bei einer Kurzzeitkarte á 50 Cent wäre das hin und retour insgesamt ein Euro, und das sieht schon anders aus. Ganz zu schweigen davon, wenn man vielleicht sogar noch zu zweit unterwegs

ist. Bei 8,40 Euro denken die wenigsten mehr an den Umstieg, bei zwei Euro wäre das dagegen eine durchaus attraktive Alternative, die einerseits die Umwelt entlastet und andererseits vielleicht manche dazu animiert, in weiterer Folge intensiver – und auch auf längeren Strecken – den ÖV zu nutzen.

Daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen mit den Linien Graz und dem steirischen Verkehrsverbund Gespräche betreffend die Einführung eines Kurzzeittickets aufnehmen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

18) Berechnung der Kanalgebühr

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Für die Berechnung der Kanalgebühren gilt nach wie vor, wie aus den Vorschriften für Grundsteuer und Hausabgaben ersichtlich, dass bei der Kanalbenutzungsgebühr für Einfamilienhäuser bzw. Wohnungen die Anzahl der Spülklosette als Berechnungsgrundlage herangezogen wird.

Das bedeutet, dass bei zwei WCs die doppelte Kanalbenützungsg Gebühr entrichtet werden muss, unabhängig davon, wie viele Personen im Haushalt wohnen. Dieser Unterschied in den Kanalgebühren macht über 190 Euro im Jahr aus.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass ein oder zwei Personen nur deshalb, weil in den Häusern zwei WCs vorhanden sind, doppelt so viel Kanalbenützungsg Gebühr zahlen müssen wie andere Haushalte, in denen mehrere Personen wohnen, denen aber nur ein WC zur Verfügung steht.

Es wäre daher sinnvoller, die Kanalbenützungsg Gebühr an die Zahl der in den Haushalten wohnenden Personen anzupassen oder grundsätzlich eine einheitliche Kanalbenützungsg Gebühr vorzuschreiben.

Ich stelle daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

A n t r a g :

Die Stadt Graz soll die zuständigen Stellen beauftragen, eine einheitliche und nachvollziehbarere Berechnung der Kanalgebühren durchzuführen, die sich nicht an der Anzahl der WCs orientiert.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

19) Flächensicherung und Errichtung eines Stadtteilparks im Zentrum von Straßgang

GR. Mag. **Haßler** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Zuge des EU Projektes „VITO“ wurde unter anderem für das Ortszentrum von Straßgang mit Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern ein Stadtteilleitbild erarbeitet. Eine Vision, die in diesem Leitbild verankert wurde, war der Wunsch, einen Stadtteilpark für die gleichzeitige Nutzung durch mehrere Nutzergruppen zu schaffen.

Nunmehr bietet sich im Bereich Gradnerstraße / Aribonenstraße auf dem Grundstück 13/2 der KG Straßgang die Möglichkeit, eine der letzten Freiflächen im ansonsten dicht verbauten Zentrum von Straßgang zumindest befristet einer öffentlichen Nutzung zuzuführen. Diese Fläche würde sich besonders gut eignen, da in unmittelbarer Nähe ein Seniorenheim, Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen und verdichtete Wohngebiete situiert sind.

Ich stelle daher namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs den

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, mit dem Verfügungsberechtigten des Grundstücks 13/2 der KG Straßgang, Herrn [REDACTED], in Kontakt zu treten, um die Möglichkeiten für eine öffentliche Nutzung des Grundstückes zu verhandeln. In weiterer Folge soll die konkrete Nutzung des Grundstückes als Stadtteilpark unter Einbindung von AktivbürgerInnen umgesetzt werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

20) Gerd-Mandl-Allee

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Savernik** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Am 27. September 2011 ist Gemeinderat a.D. Gerd Mandl nach kurzer schwerer Krankheit verstorben. Gerd Mandl war 20 Jahre lang Mitglied des Gemeinderates, führte 23 Jahre lang die SPÖ Jakomini. Als Gemeinderat hatte Gerd Mandl zahlreiche Projekte und Initiativen für Jakomini eingebracht und an deren Umsetzung mitgewirkt, darunter die Errichtung und Erhaltung des Ökoparks oder die Neugestaltung der oberen Schönaugasse. Und Gerd Mandl war auch einer der Ersten, der sich für die Verlängerung der Straßenbahnlinie 4 einsetzte, ebenso kämpfte er erfolgreich für den Erhalt des Ostbahnhofes. Nicht zu vergessen: Gerd Mandl war auch der geistige Vater des Augartenfestes, das heute zu den größten Veranstaltungen in Graz zählt, zu einem Fest der Generationen und Nationen wurde und Jahr für Jahr mehr als 10.000 BesucherInnen hat. Darüber hinaus hatte Gerd Mandl viele Funktionen in diversen Vereinen inne, unter anderem Ehrenmitglied im HGV Schönau und Präsident des Traditionsvereines ATSE.

Aufgrund seiner zahlreichen Initiativen und Projekte für den Bezirk wurden in Jakomini bereits in den Bezirksratssitzungen vom 16. April 2012, 17. September 2012 und 10. Juni 2013 Anträge verabschiedet, eine Allee im Augartenpark zur Erinnerung in „Gerd-Mandl-Allee“ zu benennen – bis dato allerdings ohne positive Erledigung durch die zuständigen Stellen der Stadt Graz.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher nunmehr den

A n t r a g ,

die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen beauftragt werden, in Anerkennung und Gedenken der Leistungen von Gerd Mandl entsprechend den einschlägigen Bezirksratsanträgen einen der noch unbenannten Wege im Grazer Augarten seinen Namen zu verleihen (z.B. „Gerd-Mandl-Allee“)

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl schließt die Sitzung des Gemeinderates um 16.50 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Schröck

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüschi

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GR.ⁱⁿ Waltraud Haas-Wippel

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb